

Verordnung zur Durchführung des Meldegesetzes, insbesondere zur Durchführung von regelmäßigen Datenübermittlungen der Meldebehörden

Inkrafttreten: 27.04.2011

Zuletzt geändert durch: zuletzt geändert durch Geschäftsverteilung des Senats vom
02.08.2016 (Brem.GBl. S. 434)

Fundstelle: Brem.GBl. 1990, 175

Gliederungsnummer: 210-a-3

V aufgeh. durch § 9 iVm. § 8 Nr. 7 des Gesetzes vom 23. März 2015 (Brem.GBl. S. 135)
iVm. der Neubekanntmachung der Verordnung vom 19. Oktober 2017 (Brem.GBl. S. 425)

Inhaltsübersicht

[Erster Abschnitt Allgemeines](#)

[§ 1](#) Datensatz

[§ 2](#) Verfahren

[§ 3](#) Sicherungsmaßnahmen

[Zweiter Abschnitt Regelmäßige Datenübermittlungen der Meldebehörde des Landes Bremen](#)

[§ 4](#) Datenübermittlungen zwischen den Meldebehörden

[§ 5](#) Datenübermittlungen zum Abruf

[§ 6](#) Datenübermittlungen für Alters- und Ehejubiläen

[§ 7](#) Datenübermittlungen an die Standesämter

[§ 8](#) Datenübermittlungen an das Polizeipräsidium Bremen und die Ortspolizeibehörde
Bremerhaven

[§ 9](#) Datenübermittlungen an die Wahlämter

[§ 10](#) Datenübermittlungen für die Schulverwaltung

[§ 11](#) Datenübermittlungen an das Versorgungsamt Bremen

[§ 12](#) Datenübermittlungen an das Jugendamt Bremen

[§ 13](#) Datenübermittlungen an die Gesundheitsämter

[§ 14](#) Datenübermittlungen an die für Wohnungswesen und Bauförderung zuständigen
Ämter

- § 15 Datenübermittlungen an das Statistische Amt der Gemeinde
- § 16 Datenübermittlungen an das Bauordnungsamt Bremen
- § 17 Datenübermittlungen an die für die Festsetzung und Erhebung der Zweitwohnungssteuer zuständige Finanzbehörde
- § 18 Datenübermittlungen an Radio Bremen
- § 19 Datenübermittlung an die Sozialverwaltung
- [Dritter Abschnitt Verfahrens- und Sicherungsvorschriften](#)
- § 20 Beschränkungen von Datenübermittlungen wegen Auskunftssperren
- § 21 Verfahren von Datenübermittlungen an den Suchdienst
- § 22 Sicherungsmaßnahmen bei gesonderter Aufbewahrung von Daten
- § 23 Inkrafttreten

Erster Abschnitt Allgemeines

§ 1 Datensatz

(1) Daten aus dem Melderegister dürfen nach Maßgabe dieser Verordnung regelmäßig übermittelt werden. Regelmäßige Datenübermittlungen nach anderen Vorschriften des Bundes- oder Landesrechts bleiben unberührt.

(2) Bei Datenübermittlungen nach dieser Verordnung sind der Datensatz für das Meldewesen (einheitlicher Bundes-/Länderteil DSMeld) und der Datensatz für das Meldewesen - Landesteil Bremen (BremDSMeld) - zugrunde zu legen. Der Datensatz für das Meldewesen (DSMeld) ist am 21. Oktober 1982 von der Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände und der Datensatz für das Meldewesen - Landesteil Bremen (BremDSMeld) - mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung herausgegeben worden.

(3) Die zu übermittelnden Daten sind in dieser Verordnung unter Angabe der Blattnummern der in Absatz 1 genannten Datensätze bezeichnet.

§ 2 Verfahren

(1) Soweit nichts anderes bestimmt ist, handelt es sich in den folgenden Bestimmungen um Datenübermittlungen aus den Melderegistern der Meldebehörden der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven.

(2) Soweit nichts anderes bestimmt ist, betreffen die Datenübermittlungen in den folgenden Bestimmungen Einwohner mit alleiniger Wohnung oder mit Hauptwohnung im Lande Bremen.

(3) Die regelmäßigen Datenübermittlungen erfolgen je nach Stand der Automatisierung durch Übersendung in schriftlicher Form, durch Übersendung von maschinell lesbaren Datenträgern oder - soweit dies ausdrücklich zugelassen ist - durch Bereithalten zum Abruf oder durch automatisierten Datenabgleich.

§ 3 Sicherungsmaßnahmen

(1) Werden Daten auf Abruf bereitgehalten, darf ein Abruf unter Beachtung der Vorschriften des Melde- und Datenschutzrechts nur erfolgen, wenn die Kenntnis der Daten im Einzelfall für die rechtmäßige Erfüllung von Aufgaben erforderlich ist. Durch organisatorische und technische Maßnahmen ist sicherzustellen, daß der Abruf nur durch berechtigte Bedienstete erfolgt und nicht mehr benötigte Datenträger unverzüglich vernichtet werden.

(2) Wird die Datenübermittlung in der Form des automatisierten Datenabgleichs zugelassen, ist durch technische und organisatorische Maßnahmen sicherzustellen, daß durch den Vergleich der Datenbestände des Empfängers und der Meldebehörde dem Empfänger nur personenbezogene Daten derjenigen Personen zur Kenntnis gebracht oder sonst wahrnehmbar gemacht werden können, die in dem Datenbestand, der beim Empfänger zu dem in der Übermittlungsvorschrift genannten Zweck geführt wird, bereits vorhanden sind.

Zweiter Abschnitt Regelmäßige Datenübermittlungen der Meldebehörde des Landes Bremen

§ 4 Datenübermittlungen zwischen den Meldebehörden

Auf die regelmäßigen Datenübermittlungen zwischen den Meldebehörden im Lande Bremen in den Fällen des § 29 Abs. 1 und 2 des Meldegesetzes ist die Verordnung zur Durchführung von regelmäßigen Datenübermittlungen zwischen den Meldebehörden verschiedener Länder (1. BMeldDÜV) vom 18. Juli 1983 (BGBl. I S. 943) anzuwenden.

§ 5 Datenübermittlungen zum Abruf

(1) Zum Abruf im automatisierten Verfahren dürfen unter Beachtung von [§ 3 Abs. 1](#) für die nachfolgend aufgeführten Behörden zu den genannten Zwecken im einzelnen festgelegte

Daten von allen Einwohnern - auch mit Nebenwohnung - aus dem Melderegister nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen bereitgehalten werden.

(2) Für die zuständigen Finanzämter dürfen im Zuständigkeitsbereich der Meldebehörde der Stadtgemeinde Bremen und Bremerhaven zur Personen- und Adressenfeststellung im Rahmen des Besteuerungs- und Steuerstrafverfahrens folgende Daten bereitgehalten werden:

1.	Familiennamen	0101-0104
2.	Frühere Namen	0201-0204
3.	Vornamen	0301-0302
4.	Tag der Geburt	0601
5.	Geschlecht	0701
6.	Gesetzlicher Vertreter	0902-0905 0908-0909 0911-0913
7.	Anschriften	1202-1203 1205 1207-1208 1213-1214 1216-1217 1219-1223 1307
8.	Tag des Ein- und Auszugs	1301 1306
9.	Sterbetag	1901
10.	Standesamt	1902
11.	Sterberegisternummer	1903

Für Zwecke der Steuerfahndung (Steuerstrafverfahren) dürfen darüber hinaus folgende Daten zum Abruf bereitgehalten werden:

12.	Ort der Geburt	0602
13.	Staatsangehörigkeit	1001
14.	Familienstand	1401

(3) Für die Landeshauptkasse und den Magistrat der Stadt Bremerhaven - Stadtkasse - dürfen nur Personen- und Adressenfeststellung im Rahmen der Annahme und Leistung von Zahlungen sowie im Rahmen der Einziehung von Gerichtskosten folgende Daten bereitgehalten werden:

1. Familiennamen	0101-0104
2. Frühere Namen	0201-0204
3. Vornamen	0302
4. Tag der Geburt	0601
5 Geschlecht	0701
6. Anschriften	1202-1203 1205-1206 1208 1213-1214 1216-1217 1219-1223 1307
7. Sterbetag	1901

(4) Für die Ortspolizeibehörden der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven - Verwaltungspolizei (Kfz-Zulassungsstelle) - dürfen zur weiteren Bearbeitung im automatisierten Verfahren "FAZID" oder "KOKIS" folgende Daten bereitgehalten werden:

1. Familiennamen	0101-0104
2. Frühere Namen	0201-0202
3. Vornamen	0302
4. Akademische Grade	0401
5. Tag und Ort der Geburt	0601-0602
6. Geschlecht	0701
7. Anschriften	1201 1202-1203 1205-1206 1208 1213
8. Sterbetag	1901 (nur Hinweis, wenn verstorben)
9. Ordnungsmerkmal	5501

(5) Für das Polizeipräsidium Bremen und die Ortspolizeibehörden Bremerhaven - Schutz- und Kriminalpolizei - dürfen im Rahmen der Gefahrenabwehr, des Schutzes privater Rechte, der Strafverfolgung, der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten sowie anderer

durch Rechtsvorschrift übertragener Aufgaben zur Personen- und Adressenfeststellung folgende Daten bereitgehalten werden:

1. Familiennamen	0101-0106
2. Frühere Namen	0201-0204
3. Vornamen	0301-0303
4. Akademische Grade	0401 0501-0502
5. Tag und Ort der Geburt	0601-0603
6. Geschlecht	0701
7. Gesetzlicher Vertreter	0902-0906 0908-0909 0911-0913
8. Staatsangehörigkeit	1001
9. Anschriften	1202-1203 1205-1208 1213 1216-1217 1219-1223 1307
10. Tag des Ein- und Auszugs	1301 1306
11. Familienstand	1401
12. Ehegatte	1501-1505 1507-1509 5511
13. Minderjährige Kinder	1601-1605
14. Personalausweis	1701-1703, 1708
15. Pass	1704-1707, 1709
16. Übermittlungssperren	1801
17. Sterbetag und -ort	1901, 1904
18. Ordnungsmerkmal	5501
19. Waffenrechtliche Erlaubnis	2601-2602
20. Sprengstoffrechtliche Erlaubnis	2801-2802

(6) Für die Ortspolizeibehörden der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven - Bußgeldstelle - dürfen die Personen- und Adressenfeststellung im Rahmen der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten folgende Daten bereitgehalten werden:

1. Familiennamen	0101-0104
2. Frühere Namen	0201-0204

3. Vornamen	0302
4. Tag und Ort der Geburt	0601-0602
5. Geschlecht	0701
6. Gesetzlicher Vertreter	0902-0905 0908-0909 0911-0914
7. Anschriften	1202-1203 1205-1206 1208 1212 1213 1306-1307
8. Sterbetag	1901 (nur Hinweis, wenn verstorben)

(7) Für die Ortspolizeibehörden der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven -
Gewerbemeldestelle - dürfen im Rahmen der Führung des Gewerberegisters nach §§ 14
und 55 c der Gewerbeordnung folgende Daten bereitgehalten werden:

1. Familiennamen	0101-0104
2. Frühere Namen	0201-0204
3. Vornamen	0301-0302
4. Akademische Grade	0401
5. Tag und Ort der Geburt	0601-0602
6. Geschlecht	0701
7. Staatsangehörigkeit	1001
8. Anschriften	1202-1203 1205-1206 1208
9. Tag des Auszugs	1306
10. Sterbetag	1901 (nur Hinweis, wenn verstorben)

(8) Für die Staatsanwaltschaft dürfen zum Zwecke der Verfolgung von Straftaten und
Ordnungswidrigkeiten folgende Daten bereitgehalten werden:

1. Familiennamen	0101-0104
2. Frühere Namen	0201-0204
3. Vornamen	0301-0302
4. Tag und Ort der Geburt	0601-0603
5. Geschlecht	0701
6. Gesetzlicher Vertreter	0902-0905 0908-0909

	0911-0914
7. Staatsangehörigkeit	1001
8. Anschriften	1202-1203
	1205-1206
	1208
	1213
	1306-1307
9. Sterbetag	1901 (nur Hinweis, wenn verstorben)

(9) Für die Wahlämter dürfen zur Durchführung von Parlaments- und Kommunalwahlen vom 60. Tage vor der Wahl bis zum Wahltag, für die Durchführung von Volksentscheiden vom 60. Tage vor der Abstimmung bis zum Abstimmungstag, und für die Erteilung von Bescheinigungen über das aktive und passive Wahlrecht folgende Daten bereitgehalten werden, soweit dies nach den wahlrechtlichen Vorschriften erforderlich ist:

1. Familiennamen	0101-0104
2. Frühere Namen	0201-0202
3. Vornamen	0302
4. Akademische Grade	0401
5. Tag der Geburt	0601
6. Geschlecht	0701
7. Staatsangehörigkeit	1001 (Merkmal deutsch/EU-Staatsangehörigkeiten)
8. Anschriften	1202-1203 (einschließlich Straßenschlüssel)
	1205-1206 (einschließlich Straßenschlüssel)
	1208
	1212-1218
	1223
9. Zuzugsdatum	1301, 1302
	1304
10. Fortzug	1306-1307
11. Sterbetag	1901 (nur Hinweis, wenn verstorben)
12. Wahlrechtsausschlußgründe	5516-5517

(10) Für die Ortspolizeibehörden der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven (Führerscheinstelle) dürfen zur Bearbeitung der Anträge auf Erteilung von Fahrerlaubnissen folgende Daten bereitgehalten werden:

1. Familiennamen	0101-0104
------------------	-----------

2. Frühere Namen	0201-0202
3. Vornamen	0302
4. Doktorgrad	0401
5. Ordens- oder Künstlernamen	0501-0502
6. Tag und Ort der Geburt	0601-0602
7. Anschriften	1201 (nur Hinweis, wenn Person verzogen) 1202-1203 1205-1206 1208 1213 (nur Hinweis bei Status "Nebenwohnung")
8. Sterbetag	1901 (nur Hinweis, wenn verstorben)

(11) *Für die Ortspolizeibehörden der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven - Ausländerbehörden - dürfen für die Erfüllung ihrer Aufgaben folgende Daten von Personen, die nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, bereitgehalten werden:

1. Familiennamen	0101-0104
2. Frühere Namen	0201-0206
3. Vornamen	0301
4. Akademische Grade	0401
5. Tag und Ort der Geburt	0601-0603
6. Geschlecht	0701
7. Gesetzlicher Vertreter	0902-0904 0908-0909 0911-0913
8. Staatsangehörigkeiten	1001
9. Anschriften	1202-1203 1205-1208 1213 1216-1217 1219-1223
10. Tag des Ein- und Auszugs	1301 1306-1307
11. Familienstand	1401
12. Tag und Grund der Beendigung der Ehe	1405-1406
13. Sterbetag	1901

(12) Für die Ortspolizeibehörde der Stadtgemeinde Bremen - Personalausweisbehörde - dürfen zur Bearbeitung der Anträge auf Ausstellung eines Personalausweises und zur Speicherung im Personalausweisregister folgende Daten bereitgehalten werden:

1.	Familiennamen	0101-0102
2.	Frühere Namen	0201-0202
3.	Vornamen	0301
4.	Akademische Grade	0401
5.	Ordensnamen	0501
6.	Künstlernamen	0502
7.	Tag und Ort der Geburt	0601-0602
8.	Gesetzlicher Vertreter	0902-0904 0906
9.	Staatszugehörigkeit	1001 (nur Hinweis deutsch/nicht deutsch)
10.	Gegenwärtige Anschriften	1202-1203 1205-1206 1208 (wenn Person in Bremen nicht mehr gemeldet, nur Hinweis)
11.	Wohnungsstatus	1213
12.	Sterbetag	1901 (nur Hinweis, wenn verstorben)
13.	Tatsache des Vorliegens von Paßversagungsgründen	2301

(13) Für die Ortspolizei der Stadtgemeinde Bremen - Paßbehörde - dürfen zur Bearbeitung der Anträge auf Ausstellung eines Passes und zur Speicherung im Paßregister folgende Daten bereitgehalten werden:

1.	Familiennamen	0101-0102
2.	Frühere Namen	0201-0202
3.	Vornamen	0301
4.	Akademische Grade	0401
5.	Ordensnamen	0501
6.	Künstlernamen	0502
7.	Tag und Ort der Geburt	0601-0602
8.	Geschlecht	0701
9.	Gesetzlicher Vertreter	0902-0904 0906

10.	Staatsangehörigkeit	1001 (nur Hinweis deutsch/nicht deutsch)
11.	gegenwärtige Anschriften	1202-1203 1205-1206 1208 (wenn Person in Bremen nicht mehr gemeldet, nur Hinweis)
12.	Wohnungsstatus	1213
13.	Sterbetag	1901 (nur Hinweis, wenn verstorben)
14.	Tatsache des Vorliegens von Paßversagungsgründen	2301 (nur Hinweis, wenn verstorben)

(14) Für die zuständigen Standesämter im Lande Bremen dürfen für die Prüfung der Ehefähigkeit im Zusammenhang mit der Entgegennahme von Aufgeboten für die Eheschließung folgende Daten bereitgehalten werden:

1.	Familiennamen	0101-0104
2.	Frühere Namen	0201-0206
3.	Vornamen	0301
4.	Doktorgrad	0401
5.	Tag und Ort der Geburt	0601-0603
6.	Geschlecht	0701
7.	Staatsangehörigkeit	1001
8.	Rechtliche Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft	1101
9.	Anschriften	1202-1203 1205-1206 1208 1213-1214
10.	Familienstand	1401

(15) Für die Feuerwehren der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven dürfen zur Erhebung der Gebühren für Rettungsdiensteinsätze und andere gebührenpflichtige Leistungen folgende Daten bereitgehalten werden:

1.	Familiennamen	0101
2.	Geburtsnamen	0201
3.	Vornamen	0301-0302
4.	Tag der Geburt	0601
5.	Anschriften	1202-1206 und 1208
6.	Fortzug in das Ausland	1307
7.	Sterbetag	1901-1903

(16) *Für das Landesamt für Verfassungsschutz dürfen zur Erfüllung seiner Aufgaben, insbesondere für einen zeitnahen und behördendienstzeitunabhängigen Abruf benötigte personenbezogener Daten im Rahmen der Informationsgewinnung über extremistische und terroristische Organisationen und Bestrebungen sowie zum Schutz der benötigten Daten gegenüber den Bediensteten der Meldebehörden folgende Daten bereit gehalten werden:

1.	Familiename	0101-0104
2.	Frühere Namen	0201-0204
3.	Vornamen	0301-0303
4.	Geschlecht	0701
5.	Staatsangehörigkeit	1001
6.	Akademische Grade	0401
7.	Tag und Ort der Geburt	0601-0603
8.	Anschriften	1202-1203 1205-1208 1213 1216-1217 1219-1223 1307
9.	Tag des Ein- und Auszugs	1301, 1306
10.	Familienstand	1401
11.	Ehegatte	1501-1505 1507-1509
12.	Minderjährige Kinder	1601-1605
13.	Personalausweis	1701-1703
14.	Pass	1704-1707

(17) Für die Ortspolizeibehörden der Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven - Waffenerlaubnisbehörden - dürfen zur Personen- und Adressenfeststellung im Rahmen der Erfüllung der Aufgaben nach dem Waffenrecht folgende Daten bereitgehalten werden:

1.	Familiennamen	0101 - 0106
2.	Frühere Namen	0201 - 0204
3.	Vornamen	0301 - 0302
4.	Tag und Ort der Geburt	0601 - 0602
5.	Gesetzlicher Vertreter	0902 - 0905 0908 - 0909 0911 - 0914
6.	Staatsangehörigkeit	1001
7.	Anschriften	1202 - 1203 1205 - 1206 1208 1213 1216 - 1217 1219 - 1223 1307
8.	Tag des Ein- und Auszugs	1301 1306
9.	Waffenbesitzkennung	2601 2602

Anschriftendaten dürfen den Waffenerlaubnisbehörden nur aus den letzten fünf Jahren übermittelt werden.

(18) Für die Gerichte der Freien Hansestadt Bremen dürfen für Zwecke der Ermittlung von Amts wegen

a) für in Rechtsangelegenheiten anhängige Verfahren folgende Daten:

1.	Familiennamen	0101 - 0106
2.	Frühere Namen	0201 - 0204
3.	Vornamen	0301 - 0302
4.	Doktorgrad	0401
5.	Tag und Ort der Geburt	0601 - 0603
6.	Geschlecht	0701
7.	Gesetzlicher Vertreter	0902 - 0909 0911 - 0915
8.	Staatsangehörigkeit	1001
9.	Anschriften	1202 - 1203 1205 - 1213
10.	Fortzug	1301 1306 - 1307

		1311 - 1312
11.	Familienstand	1401 - 1407
12.	Sterbetag	1901

und für die Amtsgerichte Bremen, Bremen-Blumenthal und Bremerhaven

b) im Rahmen des Erbschein- und Testamentseröffnungsverfahrens und im Rahmen der Nachlasssicherung neben den Daten nach Buchstabe a) folgende weitere Daten:

1.	Standesamt der Geburt	0604 - 0605
2.	Ehegatte	1501 - 1510 1512 - 1514
3.	Kinder	1601 - 1605
4.	Standesamt des Sterbeeintrags	1902 - 1904

bereit gehalten werden.

(19) Für das Statistische Landesamt dürfen für Zwecke der Vorbereitung und der Durchführung des Zensus 2011 sowie zur Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit dem Zensus 2011 folgende Daten bereitgehalten werden:

1.	Familiennamen	0101-0106
2.	Frühere Namen	0201-0204
3.	Vornamen	0301-0302
4.	Doktorgrad	0401
5.	Tag, Ort und Staat der Geburt	0601-0603
6.	Geschlecht	0701
7.	Anschriften	1201-1213
8.	zusätzliche Daten zur Anschrift	1214-1217, 219-1223
9.	Tag des Ein- und Auszugs	1301, 1306-1307
10.	Sterbetag	1901.

Fußnoten

*
- [Red. Anm.: Entsprechend der Änderungsanweisung des Artikels 1 Buchst. b) der Verordnung vom 20.12.2001 (Brem.GBl. 2002 S. 2) soll ein neuer Abs. 11 eingefügt werden, gemeint war an dieser Stelle wohl Abs. 16.]

§ 6 Datenübermittlung für Alters- und Ehejubiläen

Der Senatskanzlei bzw. dem Magistrat der Stadt Bremerhaven dürfen für Zwecke der Ehrung von Ehejubilaren (aus Anlaß des 50., 60., 65., 70. und jeden weiteren Hochzeitstages) und Altersjubilaren (aus Anlaß des 80., 85., 90., 95., 100. und jeden weiteren Geburtstages) folgende Daten übermittelt werden, sofern die Betroffenen einer Übermittlung nicht widersprochen haben:

a) Für Ehejubiläen

1. Familiennamen	0101-0104
2. Frühere Namen	0201-0202
3. Vornamen	0302
4. Geschlecht	0701
5. Akademische Grade	0401
6. Anschrift (einschließlich Stadtteilbezeichnung)	1202-1203 1205-1206 1208
7. Tag der Eheschließung	1402

b) Für Altersjubiläen

1. Familiennamen	0101-0104
2. Frühere Namen	0201-0202
3. Vornamen	0302
4. Geschlecht	0701
5. Akademische Grade	0401
6. Anschrift (einschließlich Stadtteilbezeichnung)	1202-1203 1205-1206 1208
7. Tag der Geburt	0601

§ 7 Datenübermittlungen an die Standesämter

Den zuständigen Standesämtern dürfen zur Fortführung des Familienbuchs aufgrund des Personenstandsgesetzes von denjenigen verheirateten oder verheiratet gewesenen Personen, die in den Geltungsbereich des [Meldesgesetzes](#) zuziehen oder von einem Standesamtsbezirk in einen anderen Standesamtsbezirk umziehen und die nach dem 31. Dezember 1957 geheiratet haben oder für die auf Antrag ein Familienbuch angelegt

worden ist, nach § 21 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsgesetzes folgende Daten übermittelt werden:

1. Familiennamen	0101-0104
2. Frühere Namen	0201-0204
3. Vornamen	0301
4. Tag und Ort der Geburt	0601-0603
5. Anschriften	1202-1203
	1205-1206
	1208
	1213-1214
	1216-1217
	1219-1223
	1307
6. Tag des Einzugs	1301
7. Familienstand	1401
8. Tag und Ort der Eheschließung	1402-1404
9. Ehegatte	1501-1503
	1505-1507

§ 8

Datenübermittlungen an das Polizeipräsidium Bremen und die Ortspolizeibehörde Bremerhaven

(1) Für das Polizeipräsidium Bremen und die Ortspolizeibehörde Bremerhaven - dürfen zur Gefahrenabwehr, für die Strafverfolgung und zur Bereinigung der Kriminalakten folgende Daten übermittelt werden:

a) aus Anlaß des Bekanntwerdens, daß der Geburtsname von über 14jährigen - auch mit Nebenwohnung - gemeldeten männlichen Einwohnern mit dem Familiennamen nicht übereinstimmt

1. Familiennamen	0101-0104
2. Frühere Namen	0201-0202
3. Vornamen	0302
4. Tag der Geburt	0601
5. Anschrift	1202-1203
	1205-1206
	1208
6. Tag der Eheschließung	1402

b) aus Anlaß eines Sterbefalles von über 14jährigen - auch mit Nebenwohnung - gemeldeten Einwohnern

1. Familiennamen	0101-0104
2. Frühere Namen	0201-0202
3. Vornamen	0302
4. Tag und Ort der Geburt	0601-0603
5. Sterbetag und -ort	1901 1904
6. Standesamt	1902
7. Sterberegisternummern	1903

(2) Dem Polizeipräsidium Bremen und der Ortspolizeibehörde Bremerhaven - Vollzugspolizei - dürfen zum Zwecke der Fahndung nach Personen, die bundesweit zur Festnahme gesucht werden, von neu zugezogenen, über 14-jährigen Einwohnern - auch mit Nebenwohnung - regelmäßig folgende Daten in der Form des automatisierten Datenabgleichs übermittelt werden:

1. Familiennamen	0101-0104
2. Frühere Namen	0201-0202
3. Vornamen	0302
4. Tag der Geburt	0601
5. Anschrift	1202-1203 1205-1206 1208
6. Tag der Eheschließung	1402

Sind Daten von Personen, nach denen nicht gefahndet wird, übermittelt worden, so sind sie unverzüglich zu löschen.

(3) Den Ortspolizeibehörden - Führerscheinstellen - dürfen für die Bereinigung der Führerscheinkartei folgende Daten von über 16jährigen - auch mit Nebenwohnung - gemeldeten Einwohnern aus Anlaß eines Sterbefalls übermittelt werden:

1. Familiennamen	0101-0104
2. Frühere Namen	0201-0202
3. Vornamen	0302
4. Tag und Ort der Geburt	0601-0602
5. Sterbetag	1901

§ 9

Datenübermittlungen an die Wahlämter

Den Wahlämtern dürfen zur Führung des Wählerverzeichnisses bei der Vorbereitung und Durchführung von Parlaments- und Kommunalwahlen sowie von Volksbegehren und Volksentscheiden folgende Daten übermittelt werden:

1. Familiennamen	0101 - 0104	
2. Vornamen	0302	
3. Akademische Grade	0401	
4. Tag der Geburt	0601	
5. Staatsangehörigkeit	1001 Merkmal deutsch/EU- Staatsangehörigkeiten)	
6. Anschriften	1202 - 1203 1205 - 1206 (einschließlich Straßenschlüssel) 1208 1212 - 1218 1223	
7. Zuzugsdatum	1301 - 1302 1304	
8. Fortzug	1306 - 1308	
9. Sterbetag	1901 (nur Hinweis, wenn verstorben)	
10. Wahlrechtsausschlußgrund	2101 5516	} nur Tatsache des Wahlrechtsausschlusses

§ 10

Datenübermittlungen für die Schulverwaltung

(1) Dem Senator für Bildung und Wissenschaft und dem Magistrat der Stadt Bremerhaven dürfen zur Überwachung der Schulpflicht und zur Vorbereitung und Auswertung schulorganisatorischer Maßnahmen für den von diesen Behörden aufgegebenen Personenkreis - auch mit Nebenwohnung - folgende Daten in der Form des automatisierten Datenabgleichs zur Verfügung gestellt werden:

1. Familiennamen	0101-0104
2. Vornamen	0302
3. Tag der Geburt	0601
4. Geschlecht	0701
5. Gesetzlicher Vertreter	0902-0904
6. Staatsangehörigkeit	1001
7. Anschrift	1202-1203 1205-1206 1208
8. Wohnungsstatus	1213-1214

(2) Für Zwecke der Einschulung dürfen dem Senator für Bildung und Wissenschaft und dem Magistrat der Stadt Bremerhaven folgende Daten von 4 bis 5-jährigen Personen -

auch mit Nebenwohnung - sowie zur Überwachung der Schulpflicht Daten von 5- bis 18-jährigen übermittelt werden:

1. Familiennamen	0101-0104
2. Vornamen	0302
3. Tag und Ort der Geburt	0601-0603
4. Geschlecht	0701
5. Gesetzlicher Vertreter	0902-0904
6. Staatsangehörigkeit	1001
7. Anschrift	1202-1203 1205-1206 1208
8. Wohnungsstatus	1213-1214

§ 11

Datenübermittlungen an das Versorgungsamt Bremen

Die Meldebehörden dürfen dem Versorgungsamt Bremen zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben nach dem sozialen Entschädigungsrecht für den von dieser Behörde aufgegebenen Personenkreis folgende Daten in der Form eines automatisierten Datenabgleichs zur Verfügung stellen:

1. Familiennamen	0101 - 0104
2. Vornamen	0302
3. Tag der Geburt	0601
4. Geschlecht	0701
5. Anschrift	1202 - 1203 1205 - 1206 1208
6. Tag des Ein- und Auszugs	1301 1306
7. Familienstand	1401
8. Sterbetag und -ort	1901 1904

Zusätzlich aus dem Melderegister der Meldebehörden der Stadtgemeinde Bremen:

Ordnungsmerkmal	5501
-----------------	------

(2) Die Meldebehörden dürfen dem Versorgungsamt Bremen zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben nach dem Schwerbehindertengesetz für den von diesem Amt aufgegebenen Personenkreis folgende Daten in der Form des automatisierten Datenabgleichs zur Verfügung stellen:

1. Familiennamen	0101 - 0104
2. Vornamen	0302
3. Tag der Geburt	0601
4. Geschlecht	0701
5. Anschrift	1202 - 1203 1205 - 1206 1208
6. Tag des Ein- und Auszugs	1301 1306
7. Sterbetag und -ort	1901 1904

Zusätzlich aus dem Melderegister der Meldebehörde der Stadtgemeinde Bremen:

Ordnungsmerkmal	5501
-----------------	------

§ 12

Datenübermittlungen an das Jugendamt Bremen

(1) Dem Jugendamt Bremen dürfen für Zwecke der Elterninformation nach dem 1. Gesetz zur Ausführung des Achten Buchs im Sozialgesetzbuch - Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes im Lande Bremen von Einwohnern vom 1. Lebensmonat bis zum vollendeten 8. Lebensjahr folgende Daten aus dem Melderegister der Meldebehörde der Stadtgemeinde Bremen übermittelt werden:

1. Familiennamen	0101 - 0104
2. Vornamen	0302
3. Tag der Geburt	0601
4. Geschlecht	0701
5. Anschrift	1202 - 1203 1205 - 1206 1208

(2) Durch Maßnahmen im automatisierten Verfahren ist die Übermittlung von Daten zu verhindern, wenn eine Elterninformation nicht gewünscht wird.

(3) Dem Jugendamt Bremen werden zum Zwecke der Steuerung der Vergabe von Kindergartenplätzen an alle Kinder, die einen Rechtsanspruch auf den Besuch eines Kindergartens haben, jährlich zum 30. November aus dem Melderegister der Meldebehörde der Stadtgemeinde Bremen folgende Daten aller Kinder übermittelt, die spätestens am 31.12. des Folgejahres das 3. Lebensjahr vollenden, aber zu diesem Zeitpunkt nicht älter als 7 Jahre sind:

1. Familienname	0101-0104
-----------------	-----------

2. Vorname	0302
3. Tag der Geburt	0601
4. Gesetzlicher Vertreter	0902-0904
5. Anschrift einschließlich Ortsteilnummer	1202-1203 1205-1206 1208

§ 13

Datenübermittlungen an die Gesundheitsämter

(1) Den Gesundheitsämtern dürfen für Zwecke der Aktenbereinigung im Rahmen der Gesundheitsaufsicht folgende Daten von im Verarbeitungszeitraum verstorbenen Personen übermittelt werden:

1. Familiennamen	0101 - 0104
2. Frühere Namen	0201 - 0204
3. Vornamen	0302
4. Tag der Geburt	0601
5. Anschrift (einschließlich Stadtteilbezeichnung)	1202 - 1203 1205 - 1206 1208 1213
6. Sterbetag und -ort	1901 1904

(2) Für Zwecke des schul- und jugendärztlichen Dienstes der Gesundheitsämter dürfen von denjenigen Personen, die im Verarbeitungszeitraum das 3. Lebensjahr vollendet haben, folgende Daten übermittelt werden:

1. Familiennamen	0101 - 0104
2. Vornamen	0302
3. Anschrift	1202 - 1203 1205 - 1206 1208

(3) Für Zwecke der vorbeugenden Schutzimpfung gegen Kinderlähmung nach § 14 Abs. 4 des Bundesseuchengesetzes, der Elterninformation und des Arbeitsbereichs Familienhebammen dürfen den Gesundheitsämtern von im Verarbeitungszentrum geborenen Kindern folgende Daten übermittelt werden:

1. Familiennamen	0101 - 0102
2. Vornamen	0302

3. Tag der Geburt	0601
4. Staatsangehörigkeit	1001
5. Anschrift	1202 - 1203
"(einschließlich Stadtteilbezeichnung)"	1205 - 1206
	1208

(4) Zum Zwecke der Einladung zur Durchführung des Mammographie-Screening-Programms und zum Zwecke des Abgleichs mit dem Krebsregister dürfen dem Gesundheitsamt Bremen folgende Daten derjenigen Frauen, die im Verarbeitungszeitraum das 50. Lebensjahr erreicht und das vollendete 70. Lebensjahr noch nicht überschritten haben und zur Einladung anstehen, übermittelt werden:

1. Doktorgrad	0401
2. Familiennamen	0101-0106
3. Frühere Namen	0201-0206
4. Vornamen	0301-0302
5. Tag und Ort der Geburt	0601-0602
6. Anschrift	1202-1203
	1205-1208

(einschließlich Stadtteilbezeichnung mit Ortsteilnummer und Straßenschlüssel)

7. Zuzugsort	1217
8. Einzugsdatum	1301
9. Staatsangehörigkeiten	1001

(5) Zum Zwecke der Einladung zur Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen für Kinder dürfen dem Gesundheitsamt Bremen folgende Daten der Kinder, deren Früherkennungsuntersuchung (U4 bis U9) bevorsteht, übermittelt werden:

1. Familiennamen,
2. Vornamen,
3. Tag und Ort der Geburt,
4. Geschlecht,
5. Name und Vorname der gesetzlichen Vertreterin oder des gesetzlichen Vertreters des Kindes,
6. gegenwärtige Anschrift der gesetzlichen Vertreterin oder des gesetzlichen Vertreters des Kindes mit Ortsteilnummer,

7. gegenwärtige Anschrift des Kindes mit Ortsteilnummer,
8. Ordnungsmerkmal der Behörde.

§ 13a
Datenübermittlung an die Vertrauensstelle
des Krebsregisters der Freien Hansestadt Bremen

Zum Zwecke des Abgleichs der dem Krebsregister der Freien Hansestadt Bremen vorliegenden Identitätsdaten mit den entsprechenden Daten der Meldebehörden dürfen der Institution, die nach [§ 1 der Verordnung über die Bestimmung der Vertrauensstelle und der Registerstelle des Krebsregisters der Freien Hansestadt Bremen](#) vom 3. Dezember 1997 (Brem.GBl. S. 614 - 2127-a-2) als Vertrauensstelle bestimmt ist, folgende Daten von Personen, die verzogen sind, innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Meldebehörden umgezogen sind oder ihren Namen geändert haben, übermittelt werden:

a) bei aus dem Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Meldebehörde verzogenen Personen:

1.	Familiennamen	0101-0106
2.	Frühere Namen	0201-0206
3.	Vornamen	0301-0302
4.	Tag der Geburt	0601
5.	Geschlecht	0701
6.	Anschriften	1202-1203 1205-1208
7.	Wegzugsort	1201
8.	Auszugsdatum	1306

b) bei innerhalb des Zuständigkeitsbereichs der Meldebehörde umgezogenen Personen

1.	Familiennamen	0101-0106
2.	Frühere Namen	0201-0206
3.	Vornamen	0301-0302
4.	Tag der Geburt	0601
5.	Geschlecht	0701
6.	Gegenwärtige und frühere Anschrift	1202-1203 1205-1208
7.	Einzugsdatum	1301

c) bei Personen, die den Namen geändert haben:

1.	Familiennamen	0101-0106
2.	Frühere Namen	0201-0206
3.	Vornamen	0301-0303
4.	Tag der Geburt	0601
5.	Geschlecht	0701
6.	Anschrift	1202-1203 1205-1208

§ 13b

Datenübermittlung an den Bremer Mortalitätsindex

Zum Zwecke der Aktualisierung des Bremer Mortalitätsindex dürfen der Institution, die nach [§ 1 der Verordnung über die Bestimmung und Aufgaben des Bremer Mortalitätsindex](#) vom 4. April 2002 (Brem.GBl. S. 52 - 2127-c-3) den Bremer Mortalitätsindex führt, folgende Daten aller im Verarbeitungszeitraum verstorbenen Personen übermittelt werden:

1.	Familiennamen	0101-0106
2.	Frühere Namen	0201-0206
3.	Vornamen	0301-0302
4.	Tag der Geburt	0601
5.	Anschrift in Bremen	1202-1203 1205-1208
6.	Sterbetag und -ort	1901 und 1904
7.	Standesamt und Nummer des Sterbeeintrages	1902 und 1903

§ 14

Datenübermittlungen an die für Wohnungswesen und Bauförderung zuständigen Ämter

(1) Den für Wohnungswesen und Bauförderung zuständigen Ämtern dürfen nach den Bestimmungen des Wohnungsbindungsgesetzes und des II. Wohnungsbaugesetzes zur Sicherung der Zweckbestimmung von Wohnraum, insbesondere zur Vermeidung zweckwidriger Zahlungen öffentlicher Mittel sowie zur Durchführung von Aufgaben nach den bundes- und landesrechtlichen Regelungen über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen von Einwohnern, die sich - auch mit Nebenwohnung - für von dieser Behörde aufgegebene Anschriften an- oder abmelden, folgende Daten aus dem Melderegister übermittelt werden:

1.	Familiennamen	0101 - 0104
2.	Vornamen	0302
3.	Tag der Geburt	0601

4. Anschrift	1202 - 1203 1205 - 1206 1208 - 1210 1213 - 1214
5. Tag des Ein- und Auszugs	1301 1306
6. Sterbetag	1901

(2) Den für Wohnungswesen zuständigen Ämtern dürfen zum Vollzug des Wohngeldgesetzes für den von dieser Behörde aufgegebenen Personenkreis - auch mit Nebenwohnung - folgende Daten auch in der Form eines automatisierten Datenabgleichs zur Verfügung gestellt werden:

1. Familiennamen	0101 - 0104
2. Vornamen	0302
3. Tag der Geburt	0601
4. Anschrift	1202 - 1203 1205 - 1206 1208
5. Tag des Auszugs	1306
6. Familienstand	1401
7. Sterbetag	1901

§ 15

Datenübermittlung an das Statistische Amt der Gemeinde

(1) Dem Statistischen Amt dürfen

- a) für Zwecke der Untersuchung und Darstellung der innerstädtischen Bevölkerungsentwicklung zwischen den Ortsteilen der Stadtgemeinde bei Geburt, Tod und Wohnungswechsel innerhalb der Stadtgemeinde,
- b) für Zwecke der Untersuchung und Darstellung der Bevölkerungsentwicklung infolge Auszugs oder Einzugs folgende Daten der betroffenen Personen übermittelt werden:

1. Tag der Geburt	0601 (nur Jahr)
2. Sterbetag	1901 (nur Jahr)
3. Geschlecht	0701
4. Staatsangehörigkeit	1001 (nur Hinweis "deutsch" oder "nicht deutsch")
5. Tag des Einzugs	1301
6. Tag des Auszugs	1306
7. Gegenwärtige und frühere Anschriften	1205 - 1206, 1208 (nur Ortsteilnummer)

(2) Den statistischen Ämtern dürfen für statistische Auswertungen der regionalen Bevölkerungsstruktur folgende Daten von allen Einwohnern - auch mit Nebenwohnung - übermittelt werden:

1. Tag und Ort der Geburt	0601 - 0602 (nur Jahr)
2. Geschlecht	0701
3. Staatsangehörigkeit	1001 (bei 2. Staatsangehörigkeit nur Hinweis)
4. Rechtliche Zugehörigkeit zueiner Religionsgesellschaft	1101
5. Gegenwärtige und frühere Anschriften	1201 - 1206 1208 1213 1215 - 1223
6. Tag des Einzugs	1301 1304
7. Familienstand	1401
8. Minderjährige Kinder	1604 (nur Anzahl)
9. Sterbetag und Sterbeort	1901 1904
10. Religionszugehörigkeit des Ehegatten	2215
11. Tag der Anmeldung	5540
12. Lohnsteuerklasse	2201 (nur Merkmale für Lohnsteuerkartenempfänger)

§ 16

Datenübermittlungen an das Bauordnungsamt Bremen

Dem Bauordnungsamt Bremen dürfen zum Zwecke der Überprüfung unzulässiger Wohnnutzung in Parzellengebieten von Einwohnern, die sich in Parzellengebieten - auch mit Nebenwohnung - anmelden, folgende Daten aus dem Melderegister der Meldebehörde der Stadtgemeinde Bremen übermittelt werden:

1. Familiennamen	0101 - 0104
2. Vornamen	0302
3. Tag der Geburt	0601
4. Anschrift	1202 - 1203 1205 - 1206 1208

§ 17
**Datenübermittlungen an die für die Festsetzung und Erhebung
der Zweitwohnungsteuer zuständige Finanzbehörde**

Für Zwecke der Festsetzung und Erhebung einer Zweitwohnungsteuer dürfen der zuständigen Finanzbehörde einmal jährlich in Form einer elektronischen Datei von Einwohnern mit Nebenwohnung folgende Daten aus dem Melderegister übermittelt werden:

1.	Familiennamen	0101-0104
2.	Vornamen	0301-0303
3.	Akademische Grade	0401
4.	Tag der Geburt	0601
5.	Geschlecht	0701
6.	Gesetzlicher Vertreter	0902-0905 0908-0909 0911-0913
7.	Anschriften für Haupt-/Nebenwohnungen	1202-1203 1205-1208 1213-1214
8.	Tag des Ein- und Auszugs	1301 1306
9.	Sterbetag	1901
10.	Ordnungsmerkmal	5501

§ 18
Datenübermittlungen an Radio Bremen

(1) Zur Erfüllung der Aufgaben des Einzugs der Rundfunkgebühren nach [§ 7 des Rundfunkgebührenstaatsvertrages](#) dürfen die Meldebehörden Radio Bremen oder der nach [§ 7 Abs. 3](#) und [§ 8 Abs. 2 des Rundfunkgebührenstaatsvertrages](#) von Radio Bremen beauftragten Stellen im Falle der Anmeldung, Abmeldung und des Todes folgende Daten volljähriger Einwohner übermitteln:

1.	Familiennamen	0101-0104
2.	Frühere Namen	0201-0206
3.	Vornamen	0301-0302
4.	Tag der Geburt	0601
5.	Anschriften	1202-1203 1205-1209 1213-1220 1222

6.	Tag des Einzugs	1301
7.	Tag des Auszuges	1306
8.	Familienstand	1401
9.	Sterbetag	1901-1903

§ 19

Datenübermittlung an die Sozialverwaltung

Die Meldebehörden dürfen dem Amt für Soziale Dienste - Sozialdienst Wirtschaftliche Hilfen - und den Ortsämtern - Wirtschaftliche Hilfen - der Stadtgemeinde Bremen sowie dem Sozialamt Bremerhaven zum Datenabgleich nach § 117 Abs. 3 BSHG in vierteljährlichem Abstand folgende Daten im Rahmen eines automatisierten Datenabgleichs unabhängig vom Wohnungsstatus zur Verfügung stellen:

1.	Familiennamen	(0101 - 0104)
2.	Geburtsnamen	(0201 - 0202)
3.	Vornamen	(0301 - 0302)
4.	Geburtsdatum	(0601)
5.	Geburtsort	(0602)
6.	Familienstand	(1401)
7.	Anschrift	(1202, 1203, 1205, 1206, 1208)

Dritter Abschnitt

Verfahrens- und Sicherungsvorschriften

§ 20

Beschränkung von Datenübermittlungen wegen Auskunftssperren

(1) Bei Auskunftssperren nach [§ 32 Abs. 5 oder Abs. 7 Nr. 2 des Meldegesetzes](#) ist dem Empfänger ein entsprechender Hinweis zu geben.

(2) Im Falle des [§ 5](#) ist bei Abfrage der Daten Betroffener, für die im Melderegister eine Auskunftssperre nach [§ 32 Abs. 5 oder Abs. 7 Nr. 2 des Meldegesetzes](#) enthalten ist, der Hinweis zu geben, daß eine Datenübermittlung im automatisierten Datenabrufverfahren nicht erfolgen darf.

(3) In den Fällen der [§§ 6, 12, 13 Abs. 2 und 3](#) sowie [§ 21](#) werden Daten über Betroffene, für die das Melderegister eine Auskunftssperre nach [§ 32 Abs. 5 oder 7 des Meldegesetzes](#) enthält, nicht übermittelt.

§ 21

Verfahren von Datenübermittlungen an den Suchdienst

Die Meldebehörden des Landes Bremen übersenden dem Suchdienst eine Liste mit den in [§ 34 des Meldegesetzes](#) genannten Daten von Personen, die im vorangegangenen

Verarbeitungszeitraum in den Zuständigkeitsbereich der jeweiligen Meldebehörde zugezogen sind.

§ 22

Sicherungsmaßnahmen bei gesonderter Aufbewahrung von Daten

(1) Die von den Meldebehörden des Landes Bremen gesondert aufzubewahrenden Daten nach [§ 11 Abs. 3 des Meldegesetzes](#) dürfen nur von Personen verarbeitet oder sonst genutzt werden, die hierzu besonders ermächtigt sind.

(2) Diese Daten sind vor dem Zugriff Nichtberechtigter besonders zu schützen. Datenträger, die nicht im automatisierten Verfahren verarbeitet werden und auf denen gesondert aufzubewahrende Daten gespeichert sind, müssen in besonderen Räumen oder Behältnissen aufbewahrt werden.

§ 23 ¹⁾

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Diese Verordnung tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2015 außer Kraft.

Bremen, den 12. Mai 1987

Der Senator für Inneres

Fußnoten

¹⁾ Die Vorschrift betrifft das Inkrafttreten der Verordnung in seiner ursprünglichen Fassung.